

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger): Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 1. Februar 2018 wurde der vorliegende Vorstoss als Postulat erheblich erklärt. Mit SRB Nr. 2019-137 vom 21. März 2019 hat er die Frist für den Prüfungsbericht bis Ende Juni 2020 verlängert.

Fahrzeuge mit Elektromotoren sind wesentlich energieeffizienter als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Sie sind ausserdem emissionsfrei und tragen somit zu einer besseren Luftqualität bei, schonen global das Klima und lokal die Gesundheit der Stadtbewohner. Und sie werden immer beliebter. Dies nicht nur in Norwegen, wo Elektrofahrzeuge dank steuerlichen und infrastrukturellen Anreizen zu den meistverkauften Personenwagenmodellen zählen, sondern auch in der Schweiz, wie dies die folgenden Zahlen des Bundesamtes für Statistik zu den Neuzulassungen von Elektropersonenwagen zeigen:

Anzahl Neuzulassungen von Elektropersonenwagen in der Schweiz (Quelle: BFS):

2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
9	19	24	57	201	452	924	1 392	1 948

Diese Entwicklung erstaunt nicht, denn mit Fahrzeugen wie dem Nissan Leaf, BMW i3, VW e-up, Renault Zoe, Citroën C-Zero und dem Mercedes B-Klasse Electric Drive verfügen seit kurzem oder demnächst auch traditionelle Autohersteller über massentaugliche vollelektrische Personenwagenmodelle. Mit einem Tesla S verfügt seit kurzem auch Bundesrätin Doris Leuthard über ein attraktives Elektroauto als Dienstfahrzeug.

Zwar sind Elektrofahrzeuge im Vergleich zu Brennstoff-Fahrzeugen noch etwas teurer beim Kauf, dies wird aber je nach Fahrleistung und Fahrprofil grösstenteils kompensiert durch den wesentlich tieferen Energieverbrauch und entsprechend tiefere Betriebskosten. Für den Halter eines Elektrofahrzeugs entfällt zudem die regelmässige Fahrt zur Tankstelle, denn Elektrofahrzeuge werden in der Regel zuhause während den Stehzeiten geladen.

Aber genau die Tatsache, dass Elektrofahrzeuge zumeist über Nacht während den Stehzeiten mit Strom getankt werden, bedeutet, dass heute Elektropersonenwagen faktisch nur für Hauseigentümer, die einen Parkplatz mit Stromanschluss einrichten können, eine alltagstaugliche Option sind. Für den grossen Teil der Autobesitzer in Bern sind Elektrofahrzeuge aufgrund des fehlenden Zugangs zu geeigneten Nachtladestationen keine Option. Neben den 13'300 Inhabern von Anwohner-parkkarten sind dies auch Mieter von privaten Parkplätzen ohne Stromanschluss, denen aufgrund mangelnder Infrastruktur der Zugang zur Elektromobilität faktisch verwehrt bleibt.

Wir glauben, dass sich langfristig der Wechsel zu einer Mobilität basierend auf Elektrizität statt auf fossilen Brennstoffen nicht aufhalten lässt, auch wenn seit kurzem die OPEC mit einer Ölschwemme den Ölpreis auf dem Weltmarkt tief hält. Wir sind zudem der Auffassung, dass diese Entwicklung gerade im urbanen Raum äusserst begrüssenswert ist.

Zwar muss das vorrangige Ziel der städtischen Verkehrspolitik sein, den Velo- und Fussverkehr, den öffentlichen Verkehr sowie Car- und Bikesharingangebote so attraktiv zu gestalten, dass gar kein Bedürfnis für den Besitz eines eigenen Motorfahrzeuges entsteht. Aus klima- und gesundheitspolitischen Gründen ist es aber genauso wichtig, dass alle Personen, welche trotzdem über

ein eigenes Auto verfügen möchten, zum Zeitpunkt der Beschaffung über einen alltagstauglichen Zugang zu Parkplätzen mit Stromanschluss verfügen, damit sie sich für ein emissionsfreies, voll-elektrisches Fahrzeug entscheiden können. Dies gilt insbesondere auch für Anwohner, welche für das nächtliche Parkieren ihres Fahrzeuges den öffentlichen Raum beanspruchen.

Um langfristig auch im Bereich Mobilität die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu vermindern und um allen Autobesitzern einen unkomplizierten Zugang zur Elektromobilität zu ermöglichen und damit den Anteil energieeffizienter Verkehrsmittel zu erhöhen, fordern wir den Gemeinderat auf:

1. ein Konzept zu erstellen, um bis zum Jahr 2035 grundsätzlich alle Parkplätze im öffentlichen Raum mit Stromanschluss zu versehen;
2. die Finanzierung dieser Infrastruktur hauptsächlich über die Gebühren für die Anwohnerparkkarten sowie über die Ersatzabgabe für die Parkplatzerstellungspflicht zu regeln;
3. den Strombezug auf den öffentlichen Parkplätzen über ein geeignetes, möglichst selbsttragendes (in Bezug auf Strom-, Betriebs- und Unterhaltskosten) Abrechnungssystem zu regeln;
4. zu prüfen, ob es in einer Übergangsphase zweckmässig und möglich ist, gewisse öffentliche Parkplätze mit Stromanschluss den Elektrofahrzeugen vorzubehalten.

Bern, 23. April 2015

Erstunterzeichnende: Benno Frauchiger

Mitunterzeichnende: Gisela Vollmer, Martin Krebs, Ingrid Kissling-Näf, Annette Lehmann, Halua Pinto de Magalhães, Rithy Chheng, Fuat Köçer, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Marco Pfister, Sandra Ryser, Lukas Gutzwiller, Daniel Klausner, Matthias Stürmer, Claudio Fischer, Michael Daphinoff

Bericht des Gemeinderats

In seinen Antworten auf das vorliegende Postulat und vier weitere Vorstösse zur Förderung der Elektromobilität¹ hat der Gemeinderat dargelegt, dass er der Elektromobilität grundsätzlich positiv gegenübersteht.

In der Stadt Bern betreibt ewb heute an 17 Standorten Normalladestationen (42 Ladepunkte 11 – 22 KW AC) und an vier Standorten Schnellladestationen (8 Ladepunkte > 50 KW DC ODER 43 KW AC). ewb wird den Ausbau des öffentlich zugänglichen Ladenetzes in der Stadt Bern in den nächsten Jahren weiter vorantreiben. Potenzielle Standorte für Ladepunkte werden nach verschiedenen Kriterien, (z.B. Erreichbarkeit, Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten, zu erwartende Frequenzen, Erschliessung mit Strom) bewertet und bei positivem Bewertungsergebnis erschlossen. Nachdem das heutige Grundangebot mit 50 Ladepunkten geschaffen ist, wird die künftige Planung rollend und nachfrageorientiert unter Berücksichtigung der oben erwähnten Kriterien erfolgen. Diese Vorgehensweise ermöglicht es auch, relativ kurzfristig auf politische Vorgaben reagieren zu können.

¹ Postulat Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Martin Schneider, BDP): Fördermassnahmen für mehr Elektromobilität in Bern; Punkt 3 ([2018.SR.000022](#));
Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger, SP): Elektroautos statt Benzinkutschen – auch für MieterInnen von Abstellplätzen ([2017.SR.000007](#))
Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen ([2018.SR.000049](#));
Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP/JGLP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP/Matthias Egli, GLP): Förderbeitrag für Ladestationen ([2018.SR.000247](#)).

Liegenschaftsbesitzende werden durch ewb ermutigt und mit einem Förderbeitrag zur Einrichtung von privaten Ladestationen unterstützt. Kunden im Stromversorgungsgebiet von ewb profitieren von einem Beitrag aus dem Berner Ökofonds von Fr. 500.00, wenn die privat erstellte Ladestation eine OCPP-Schnittstelle hat und über ewb bezogen wird. Der Ökofondsbeitrag kann für maximal fünf Ladestationen pro Standort ausgerichtet werden. Geprüft werden zudem Verbesserungen bei der Lade- und Abrechnungs-Software, die es erlauben, bei privaten Ladestationen mehreren Nutzern separat Rechnung zu stellen. Dadurch kann das Sharing von privaten Ladestationen ermöglicht werden.

Für die Zielgruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern ohne eigenen Parkplatz lancierte ewb 2019 in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern ein Pilotprojekt mit Ladestationen im öffentlichen Strassenraum.² Das Pilotprojekt hat eine Laufzeit von 18 Monaten und soll Erkenntnisse zu Nutzungsverhalten, Zahlungsbereitschaft und Akzeptanz von E-Ladezonen in Parkkartenzonen sowie zur idealen Hardware (Ladestationen) und optimalen Leistung (kW) liefern. Die Auswertung der Ergebnisse sowie die Ausarbeitung eines allfälligen Rolloutplans sind frühestens im Frühling 2021 zu erwarten.

In den Jahren 2018 und 2019 wurde im Auftrag von ewb der in der Stadt Bern bis 2035 zu erwartende Ladebedarf pro Hektare mit Szenarien hochgerechnet. Welcher Anteil davon auf Privatboden oder im öffentlichen Strassenraum zur Verfügung gestellt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der sehr unterschiedlichen Ausgangslage der Quartiere bezüglich Autobesitz und Parkierung noch unklar. Die Frage wird im Rahmen der laufenden konzeptionellen Arbeiten zur Erfüllung der Aufträge und Forderungen in den erwähnten Vorstössen zur Elektromobilität geklärt werden.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Gemeinderat eine weitere Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts zum vorliegenden Postulat bis 30. Juni 2021.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger): Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss, Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2021 zu.

Bern, 27. Mai 2020

Der Gemeinderat

² <https://www.ewb.ch/privatkunden/angebot/mobilitaet/ladeinfrastruktur/oeffentliche-ladestationen/detail>